

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Josef Schmid

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Ursula Sowa

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Sebastian Körber

Abg. Jochen Kohler

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 33** auf:

### **Schlussbericht**

**des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung eines möglichen Fehlverhaltens der beteiligten Staatsbehörden, Staatsbetriebe und öffentlichen Einrichtungen bzw. Beteiligungen des Freistaates Bayern, der beteiligten Ministerien, von Abgeordneten, Staatsbediensteten und politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern im Zusammenhang mit der Errichtung einer Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg mit den Vertragspartnern des Deutschen Museums von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik A.d.ö.R. und der Alpha Grundbesitz GmbH & Co. KG (Drs. 18/25361, 18/25774) (Drs. 18/29928)**

Bevor wir in die Aussprache eintreten, erteile ich dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses Herrn Kollegen Josef Schmid das Wort zur Berichterstattung.

**Josef Schmid (CSU):** Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Vorsitzender erstatte ich zunächst den Bericht. Anschließend komme ich als Vertreter der Christlich-Sozialen Union in diesem Untersuchungsausschuss zu einer Bewertung. Aber lassen Sie mich auch dem Beispiel des heutigen späten Vormittags folgen. Ich möchte als Vorsitzender dieses Untersuchungsausschusses allen danken, die mitgewirkt haben, dass die Arbeit letztendlich so gelaufen ist. Dies sind vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung und der Fraktionen. Ich danke natürlich auch den Kolleginnen und Kollegen, die mitgewirkt haben. Zu Einzelnen komme ich nachher noch.

Der umfangreiche Untersuchungsausschuss konnte mit einem straffen Zeitplan beendet werden. Es gibt einen Mehrheitsbericht und zwei Minderheitenberichte. Die AfD sieht in ihrem Minderheitenbericht als treibende Kraft beim Bau des Zukunftsmuseums den ehemaligen Staatsminister der Finanzen und für Heimat. Es konnte allerdings nicht nachgewiesen werden – so der Minderheitenbericht –, dass er eindeutig intern

oder extern Anweisungen gegeben habe. Durch ein Drängen auf Innenstadtlage habe er der Alpha-Gruppe eine Monopolstellung gegeben. Es liege eine abgehobene und skandalöse Einstellung zum Geld des Steuerzahlers vor. Niemand habe sich getraut, dem damaligen Finanzminister entgegenzutreten und den "Museumssumpf" auszutrocknen, so die AfD.

Der interfraktionelle Minderheitenbericht von GRÜNEN, SPD und FDP sagt aus, es gäbe an vielen Punkten Auffälligkeiten im Handeln der Beteiligten und insbesondere eine große Divergenz zwischen Zeugenaussagen und Aktenlage. Der Prozess der Standortauswahl sei nicht komplett nachvollziehbar und diffus. Dann wird dem heutigen Ministerpräsidenten und damaligen Finanz- und Heimatminister vorschnelles Handeln vorgeworfen sowie die Annahme einer Kostensteigerung. Es wird infrage gestellt, ob die Anmietung statt eines Kaufs sinnvoll war. Meine Damen und Herren, der Minderheitenbericht hält auch weiterhin den Eindruck eines Zusammenhangs zwischen Spendenzahlungen des Vermieters und dem Projekt "Zukunftsmuseum" aufrecht.

Ich kann nur sagen – und das ist die Meinung der Mehrheit –, dass dieser Bericht voll von subjektiven Einschätzungen ist, ohne die Ansicht belegende Quellen, und Sachlichkeit zum großen Teil vermissen lässt. Die Meinung wird oft aus Zeitungsartikeln gebildet und nicht aus den Akten. Eklatante Tatsachen werden verdreht oder nicht angenommen. Insbesondere werden Zeugen zitiert und absichtlich ein Teil der Aussage weggelassen, damit dann die eigene Meinung für den Leser bestätigt wird. Ein solches Verhalten – das sage ich auch dazu – wäre bei einem Zeugen eine strafbare Falschaussage.

Meine Damen und Herren, ein Fehlverhalten der beteiligten bayerischen Staatsbehörden, der Staatsbetriebe und öffentlichen Einrichtungen bzw. beteiligten Ministerien, von Abgeordneten, Staatsbediensteten sowie politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern konnte bei den Untersuchungen – jeder, der die Beweisaufnahme miterlebt hat, kann zu keinem anderen Ergebnis gelangen – nicht festgestellt werden.

Die Ressortzuständigkeiten wurden eingehalten; denn der damalige Finanzminister war auch Minister für Heimat und als solcher für die Einbringung und den Anschub des Projekts zuständig. Das Staatsministerium für Finanzen und Heimat war auch für die haushaltmäßige Umsetzung zuständig. Weiterhin war die Zuständigkeit des Staatsministeriums für Finanzen und Heimat im Bereich der IMBY gegeben, weil die IMBY damals genau zu diesem Ministerium gehört hat. Sie gab Amtshilfe für das Deutsche Museum und unterstützte auch die Kommunikation, die vom Deutschen Museum begleitet wurde.

Für die weitere Umsetzung war natürlich das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst zuständig. Diese ist ja dann auch vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst erfolgt. Letztlich war aber das Deutsche Museum – das kam in der Beweisaufnahme klar heraus – als Anstalt des öffentlichen Rechts eigenverantwortlich tätig. Die jeweils zuständigen Ministerien sind in ihren Aufgaben tätig geworden und unterstützten das Deutsche Museum insgesamt. Die enge Zusammenarbeit wurde in den gesichteten Akten und Zeugeneinvernahmen deutlich, was für eine saubere und verantwortungsvolle Arbeit der Staatsregierung spricht, meine Damen und Herren.

Die Standortsuche wurde von der IMBY im Wege der Amtshilfe mit ausgeführt. Hier wurden vorhandene Ressourcen genutzt, um das Deutsche Museum zu unterstützen. Allerdings ergab zum Beispiel die klare Aussage des Generaldirektors Prof. Heckl, dass eine Toplage in der Innenstadt für ihn von Anfang an unverzichtbar war. Der Auswahlprozess wurde vom Deutschen Museum selbst im Rahmen mehrerer ausführlicher Abwägungen – daher auch das Hin und Her der möglichen Standorte – getroffen. Letztlich fiel die Entscheidung auf Vorschlag des damaligen Referatsleiters IMBY für den Augustinerhof. Eine Einmischung des damaligen Staatsministers für Heimat und Finanzen konnte nicht festgestellt werden. Allenfalls drängte sich mir der Eindruck auf, dass die Opposition wenig bis gar keine Ahnung vom Arbeiten einer Behörde hat.

Dann hat sich klar ergeben, dass es keine verfrühte Bekanntgabe am 10.06.2016 gab – das war die politische Erklärung, dass man da hinwill –, weil danach eine über ein-

jährige Verhandlungszeit begann, in der – das haben die Zeugen bestätigt – hart verhandelt wurde.

(Ferdinand Mang (AfD): Das nutzt doch nichts!)

Es war auch nicht so, dass der Vermieter sozusagen in der besten Position war; denn letztendlich war er durch das Abspringen einer Hotelkette – auch das hat die Beweisaufnahme ergeben – auch auf diese Verhandlung in gewisser Weise weiter angewiesen. Nach einem Jahr kam eben ein Mietvertrag heraus, der hart verhandelt worden war.

Dann ist die Höhe des Mietpreises ein ganz wichtiger Punkt, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Der Mietpreis wurde durch zwei – zwei! – Sachverständigengutachten von unabhängigen Sachverständigen – der eine sogar ein Vorschlag der Opposition, das möchte ich bitte in aller Deutlichkeit noch mal sagen – als plausibel bewertet, hoch, aber nicht zu hoch für eine Spezialimmobilie. Es ist – mit teilweise entferntem Zwischengeschoss und einer aufwendigen Fassadengestaltung hergerichtet – als Museum eben klar eine Spezialimmobilie. Es kam klar heraus, welches Verfahren zur Ermittlung der Miete Anwendung findet, und danach war das Ergebnis auch klar. Die Mietdauer von 25 Jahren wurde durch beide Sachverständigengutachten als notwendig angesehen. Ein Gutachten sagte, es hätten sogar 27,6 Jahre sein müssen im Hinblick auf eine Bankenfinanzierung und die Tilgung derselben im Rahmen der Laufzeit dieser Spezialimmobilie.

Der Oberste Rechnungshof hat in seiner Pressemitteilung vom 06.05.2022 mitgeteilt, dass er den Mietvertrag als vermietetfreundlich bewerte. Diese Einschätzung bezog sich ausweislich der Prüfungsmitteilung und auch der Vernahme der Zeugen nur auf die Risiken im Rahmen der Errichtung des Objekts, nicht auch auf die Höhe des Mietzinses. Der ORH hatte ausweislich der Prüfungsmitteilung vom 21.06.2021 mietvertragliche Fragen von der Prüfung vollständig ausgenommen. Das finde ich beachtlich. Man prüft kein Mietrecht, aber sagt, der Mietvertrag ist vermietetfreundlich.

In seiner Prüfungsmitteilung merkte der ORH kritisch an, dass das Deutsche Museum zur Überprüfung des Mietpreises keinen externen Fachgutachter eingeschaltet habe. Allerdings hat der ORH selbst kein Marktwertgutachten eingeholt und nahm eine mietvertragliche Bewertung ohne fachliche Grundlage vor. Das, finde ich, ist schon ein starkes Stück, auch die Pressemitteilung an sich. Aber dazu werden wir, glaube ich, auch heute noch einiges hören.

Nach den eindeutigen Ausführungen des Sachverständigen Prof. Dr. Burgi fand Vergaberecht nicht mal Anwendung. Rechtskonform hat das Deutsche Museum daher kein Vergabeverfahren durchgeführt; rechtskonform. Zuwendungsrechtlich hat der Freistaat richtig und überobligatorisch gehandelt.

Der Vorwurf – das war dann das letzte Kapitel des Untersuchungsauftrages – eines Verdachts des Zusammenhangs von Spendenzahlungen mit dem Projekt konnte nicht nur nicht erhärtet, sondern auch für die Mehrheit klar widerlegt werden; denn der Zeuge Schmelzer hat von weiteren Spendenzahlungen berichtet; er darf das im Gegensatz zur CSU als Partei. Daraus ergab sich keine auffällige Stückelung, nichts dergleichen. Die beiden bekannten Großspenden, meine Damen und Herren, waren für den Wahlkampf der Ehefrau des Spenders, immerhin die Nummer zwei der Nürnberger CSU, heutige Kulturbürgermeisterin, damals Stadtratskandidatin. Das rechtfertigt allein und ist wirklich Grund genug für entsprechende Spendenzahlungen.

Damit ist nun deutlich geworden, dass die erhobenen Vorwürfe alle nicht bestätigt werden konnten. Im Gegenteil, es ist alles sach- und fachgerecht gelaufen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Herr Schmid. Das war jetzt Ihre Berichterstattung als Ausschussvorsitzender. Wir kommen jetzt zur Aussprache, und ich erteile Ihnen gleich wieder das Wort.

**Josef Schmid (CSU):** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Was vorher von der Opposition behauptet wurde, war von Belastungseifer gekennzeichnet. Es war vom Wahlkampf gekennzeichnet. Ja, wahrscheinlich haben Sie, Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition, tatsächlich die Story vom großen Spendenskandal und von der Spezlwirtschaft, in die Sie sich immer mehr verrannt haben, auch selbst geglaubt. Sachliche Fragen, wie sie einem Untersuchungsausschuss angemessen wären, haben Sie nicht wirklich gestellt.

Ich sage Ihnen dazu ein paar Zitate. 16.05.2022 auf Merkur.de über "quer", BR, und den Kollegen Körber:

Bis zum Jahr 2044 – bis dahin hat sich der Freistaat zur Kostenübernahme für das Museum verpflichtet – wird mit Aufwendungen in Höhe von weit über 200 Millionen gerechnet – zumal Miet- und Mietnebenkosten eher teurer werden könnten. Körber dazu bei "quer": "Ein Beleg für eine der größten Steuerverschwendungen im Immobilienbereich in Bayern."

(Beifall des Abgeordneten Sebastian Körber (FDP))

Interessant, dass Sie, Kollege Körber, das bereits am 16.05.2022 gewusst haben.

31.10.2022, ebenfalls der Kollege Körber in den "Nürnberger Nachrichten": Nicht nur die Abläufe hinsichtlich der Standortentscheidung, sondern auch im Hinblick auf die Investorenauswahl "schreien geradezu nach Vetternwirtschaft". Markus Söder setze alle Regeln und Verfahren außer Kraft, um seinen Willen durchzusetzen. Sein Ermessensspielraum kenne auch hier keine Grenzen, nicht einmal, wenn es darum gehe, Steuergelder sinnvoll einzusetzen, alles nur, um den Augustinerhof als Museumsstandort auf Biegen und Brechen durchzudrücken. Es mache fassungslos, mit welcher Skrupellosigkeit Söder hier agiert hat.

(Sebastian Körber (FDP): Volle Zustimmung!)

Alles vor dem Untersuchungsausschuss,

(Alexander König (CSU): FDP live!)

alles Vorverurteilungen, meine Damen und Herren.

Aber nicht nur die FDP, auch die Kollegin Osgyan von den GRÜNEN am 31.10.2022 in denselben "Nürnberger Nachrichten": Für sie – Zitat – türme sich ein Berg an offenen Fragen auf zu höchst fragwürdigen, unsauberen und intransparenten Entscheidungen zur Standortwahl, Vertragsgestaltung und Flächenerweiterung.

(Ursula Sowa (GRÜNE): Jawohl!)

Die Opposition habe alle parlamentarischen Instrumente ausgereizt, sei jedoch regelmäßig an der Salamitaktik der Staatsregierung gescheitert. Söders Regierung werfe mit Nebelkerzen. Das Ganze sei ein veritabler politischer Skandal.

(Zuruf der Abgeordneten Verena Osgyan (GRÜNE) – Alexander König (CSU):  
Weltmeisterin im Dreckwerfen!)

Dann haben wir als Fünftes am 28.02.2023 mal den Kollegen Halbleib, der sagt: "Wer berechnete Auskunftswünsche abblockt, hat offenkundig viel zu verbergen." Der nächste Vorwurf.

(Verena Osgyan (GRÜNE): So schaut es aus!)

Es geht dann munter weiter.

(Sebastian Körber (FDP): Volle Zustimmung!)

Wieder die Kollegin Osgyan, 07.03. auf "inFranken.de": An die Adresse von CSU und FREIE WÄHLER gerichtet betonte Osgyan, ob die Abgeordneten sich überhaupt als Kontrollorgan der Regierung verstünden oder "als ferngesteuerte Abwehdrohnen der Staatskanzlei", deren Hauptaufgabe es sei, "sämtliche Aufklärungsversuche aus Parlament und Öffentlichkeit zu blocken".

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Irre! Irre!)



04.04., es geht weiter. Ich trage das mal in aller Ausführlichkeit vor,

(Alexander König (CSU): Ja, sehr gut, ja! Diese Vorverurteilung – irre! – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Ja, bitte!)

damit Sie sehen, was alles vor dem Untersuchungsausschuss behauptet wurde. Es geht weiter: "Dreist und frech – das ist das Gebaren der CSU im Untersuchungsausschuss bisher" – "SZ", 04.04.2023 –, eine "perfade Missachtung" des Parlaments,

(Verena Osgyan (GRÜNE): So schaut es aus!)

wenn die CSU auf den Antrag zur Übermittlung von Parteispenden nur den bereits veröffentlichten und für jeden einsehbaren Rechenschaftsbericht zu den Parteispenden vorlege.

Der Kollege Körber am selben Tag, ebenfalls auf "inFranken.de": "Die Schmerzgrenze ist erreicht. Wenn Söders CSU meint, sie müsse so massiv die Aufklärung torpedieren, dann bleibt uns nur noch eine Wahl", sagte Sebastian Körber, wer den Ausschuss blockieren will, müsse mit den Konsequenzen leben.

(Sebastian Körber (FDP): Alles richtig!)

Kollegin Osgyan am 17.04.: "Es kann nicht sein, dass nach Gutsherrenart bestimmt wird, was wir einsehen dürfen und was nicht."

(Verena Osgyan (GRÜNE): So schaut es aus!)

Der Untersuchungsausschuss könne seine Kontrollfunktion nur wahrnehmen, wenn die Staatsregierung nicht mauere, sagt Osgyan. Doch genau das tue die Bayerische Staatsregierung.

Jetzt komme ich zum letzten Zitat. Das finde ich besonders brilliant. 07.03.2023, Kollegin Osgyan im Plenum:

Ich weise noch einmal darauf hin, dass wir in einem Untersuchungsausschuss nach einem Strafprozessrecht arbeiten; das bedeutet letztlich, dass entsprechenden Beweisanträge, die rechtlich zulässig sind, auch stattgegeben werden muss.

Dass Sie die so einfach mit pseudojuristischem Wischiwaschi wegwedeln wollen, ist nicht nur lächerlich; Sie blamieren sich an der Stelle bis auf die Knochen.

(Alexander König (CSU): Pseudojuristisch! – Verena Osgyan (GRÜNE): So schaut es aus!)

Jetzt sage ich Ihnen, wie es war: Die Mehrheit hat nach Recht und Gesetz diesen Untersuchungsausschuss unvoreingenommen und unvorbelastet durchgeführt. Sie haben keine sachlichen Fragen gestellt. Sie sind mit Vorwürfen, Behauptungen und Verleumdungen hergekommen.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Genau!)

Wir haben eine ordentliche Beweisaufnahme durchgeführt, um der Wahrheit auf den Grund zu gehen.

(Sebastian Körber (FDP): Blockiert!)

– Was Sie als "Blockade" bezeichnen, ist die Zurückweisung von permanent rechtswidrigen Fragen, von permanentem Wiederholen bereits gestellter Fragen und permanenter Unterstellungen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir von der Mehrheit hatten streckenweise wirklich den Eindruck, dass Sie die Zeugen in Ihrem Belastungseifer als Beschuldigte vernehmen und mit Wahnvorstellungen meinen, Sie können da etwas rausholen, was Ihnen aber nicht gelungen ist.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Ja! – Sebastian Körber (FDP): Wer ist denn die Mehrheit? Sind das die CSU und die FREIEN WÄHLER? – Alexander König (CSU): Herr Körber, hören Sie doch mal zu!)

Meine Prozessführung und unsere Fragen waren davon geleitet, dass Recht und Gesetz Anwendung finden. Sie wollen bis heute offensichtlich nicht verstehen, dass ein Untersuchungsausschuss natürlich als schärfste Waffe des Parlaments ähnlich einem Gericht entsprechende Mittel der Strafprozessordnung hat. Aber ein Untersuchungsausschuss – gerade auch ein Untersuchungsausschuss – muss natürlich die Rechte der Betroffenen, der Zeugen, beachten. Er muss abwägen und auch die Rechte der Staatsregierung wahren. Er muss auf den Kernbereich der Selbstbestimmung exekutiven Handelns beschränkt bleiben. Das gehört auch dazu. Das habe ich Ihnen mehrfach aus Urteilen zitiert. Das haben Sie mehrfach ignoriert und munter weitergefragt und munter weiter rechtswidrig gefragt und munter weiter die Zeugen bedrängt.

(Sebastian Körber (FDP): Vertuschen! – Alexander König (CSU): Hört, hört!)

Das war Ihre Haltung. Wir sehen es ja an Ihren Zwischenrufen: Bis heute hat sich daran nichts geändert.

(Thomas Huber (CSU): Das ist lautes Wahlkampfgetöse! – Zuruf des Abgeordneten Sebastian Körber (FDP))

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen jetzt einmal eines: Wir diskutieren zurzeit sehr viel über die Erstarkung des Rechtsextremismus. Wissen Sie, Sie können eine Story vermuten. Dafür habe ich viel Verständnis. Dann kann man sachliche Fragen stellen, und dann muss man sich im Untersuchungsausschuss auch so verhalten. Wenn man aber permanent der demokratischen Mehrheit, der demokratisch gewählten Staatsregierung

(Verena Osgyan (GRÜNE): Das widerspricht sich doch nicht!)

mit solchen Formulierungen Unterstellungen unterschiebt, Vorwürfe schlimmer Art macht wie "Vertuschen!" – das sind alles Vorwürfe, die gemacht wurden –,

(Zuruf des Abgeordneten Sebastian Körber (FDP))

dann überlegen Sie bitte mal – das möchte ich Ihnen allen am Ende dieses Untersuchungsausschusses mitgeben und insbesondere denjenigen, die in der nächsten Legislaturperiode wieder zum Bayerischen Landtag abgeordnet werden –: Ist das die Art, wie wir Demokraten uns auseinandersetzen sollten? Meine Damen und Herren, ich meine: Nein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Alexander König (CSU): Hört, hört!)

Überlegen Sie mal, wer dazu beiträgt, dass Extreme in unserem Land erstarken.

(Zuruf des Abgeordneten Sebastian Körber (FDP))

Überlegen Sie mal, ob es eine angemessene Verhaltensweise ist, wenn diejenigen, die demokratisch gewählt sind – denen ich auch unterstelle, dass sie sich natürlich grundsätzlich an Recht und Gesetz halten –, der Mehrheit solche Vorwürfe machen. Ich halte das für höchst fragwürdig.

(Zuruf von der CSU: Genau!)

Meine Damen und Herren, Sie sind ja auch gescheitert. Sie sind mit Ihrem Eilantrag vor Gericht – im Grunde eine Lappalie betreffend, weil es Unterlagen waren, die nicht dazugehören – gescheitert.

(Zuruf des Abgeordneten Sebastian Körber (FDP))

Weil Sie sagen können: Ja, das erzählt der Schmid alles so, zitiere ich das jetzt mal aus den "Nürnberger Nachrichten" vom 22.06.2023 – diese Zeitung ist sicherlich kein zweiter "Bayernkurier" –: "Opposition scheitert vor Gericht"; Zukunftsmuseum: Verfassungsrichter verneinen, dass die Rechte von Grünen, SPD und FDP unzulässig beschnitten wurden.

Entschuldigen Sie sich jetzt für Ihre Vorwürfe bezüglich der Prozessführung?

(Verena Osgyan (GRÜNE): Das ist doch grotesk! – Zuruf des Abgeordneten Thomas Huber (CSU))

Entschuldigen Sie sich jetzt vielleicht? – Nein. Das habe ich mir gedacht. Dazu sind Sie nicht in der Lage, selbst wenn Ihnen ein Gericht bestätigt, dass die Prozesshandlungen der Mehrheit rechtmäßig waren.

(Sebastian Körber (FDP): Bei der Wahrheit bleiben!)

Nur, damit alle, auch die Vertreter der Presse und die Öffentlichkeit, hören, dass alles rechtmäßig war – das ist nicht unsere Aussage –, zitiere ich die unabhängige Presse noch mal, nämlich die "Nürnberger Nachrichten", und zwar einen Kommentar von Roland Englisch: Es bleibt nur düsteres Raunen. Beim Museum hat sich die Opposition verrannt. – Oder der Kommentar von Stephan Sohr aus der "Nürnberger Zeitung": Die blamierte Opposition. Zukunftsmuseum: FDP, GRÜNE und SPD mussten scheitern. – In einem zweiten Kommentar führt er das noch einmal aus, nämlich im folgenden Zitat. Das ist ebenfalls ein Kommentar von Stephan Sohr mit der Überschrift "U-Bahn-Ausschuss, Museum – Scheitern der Opposition war absehbar": Blöd, dass keiner der Zeugen, vor allem nicht die vom Untersuchungsausschuss bestellten Gutachter die Spekulationen auch nur annähernd bestätigen konnten. –

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe der Abgeordneten Thomas Huber (CSU), Sebastian Körber (FDP) und Dr. Simone Strohmayr (SPD))

Weiter: Körber (Architekt!), die GRÜNEN und die SPD haben sich auf fragwürdige Gutachten und Einschätzungen von Nürnberger Experten verlassen. Söder kann in der Tat froh sein über die Arbeit des Ausschusses und die unfreiwillige Wahlkampfhilfe. – Meine Damen und Herren, damit will ich schließen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Alexander König (CSU): Sehr gut, Josef!)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Die nächste Rednerin ist die Kollegin Ursula Sowa für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

**Ursula Sowa (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Wer immer sich das erdacht hat, spinnt," und das seien "aberwitzige Pläne". Wer hat das gesagt? – Thomas Goppel. Er ist immerhin ehemaliger CSU-Wissenschaftsminister. Wortwörtlich hat er damit das Unternehmen Deutsches Museum ganz gut beschrieben: "Wer immer sich das erdacht hat, spinnt."

(Alexander König (CSU): Was hat das mit dem Untersuchungsauftrag zu tun? – Zuruf)

– Wer hat das jetzt gerade gesagt? Sie? "Er hat geirrt." Ich habe es gerade – – Okay, das halten wir für das Protokoll fest. – Diese Worte kann man heute zum Ende des Untersuchungsausschusses aus unserer GRÜNEN-Sicht nur unterstreichen.

Die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zum Deutschen Museum Nürnberg mit dem damaligen Finanzminister und dem jetzigen Ministerpräsidenten Markus Söder im Mittelpunkt war richtig und notwendig. Das haben die letzten Wochen und Monate gezeigt. Das haben die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses gezeigt, schließlich war vorher schon ein quälender Vorgang zu verzeichnen gewesen. Die Landtagsanfragen und die Berichtsanhträge, die vorher der Ausschuss beantragt hat, wurden nur sehr unwillig und unangemessen von der Staatsregierung beantwortet, und zwar über Jahre hinweg. Deswegen war dieser Untersuchungsausschuss vonnöten. Er hat auch durchaus neue Erkenntnisse hervorgebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur im Untersuchungsausschuss wurde es uns tatsächlich überhaupt nicht leicht gemacht. Die Rede des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses Josef Schmid

zeigt das auch; er hat seinen Vortrag mürrisch und eigentlich ohne große Euphorie gehalten.

(Alexander König (CSU): Was war falsch? Sagen Sie, was falsch war! – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

Ich erinnere Sie an Ihre eigenen Worte. Seien Sie mal still! Sie haben selber gesagt: Bei dem, der laut wird – ich erinnere mich, dass Sie das Ihrer Mutter immer abgenommen haben –, stimmt was nicht; dann lügt einer.

(Zuruf von der CSU – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Was? – Zuruf des Abgeordneten Thomas Huber (CSU))

Der Herr Schmid weiß schon, was ich meine.

Jedenfalls bemühten sich die Staatsregierung und die Regierungsfractionen im Untersuchungsausschuss nicht um Transparenz. Sie war nicht nur nicht gewollt, sondern die Aufklärung wurde aktiv behindert und blockiert. Auch wenn wir wichtige Erkenntnisse gewonnen haben, bleiben manche wesentlichen Fragen auch nach Abschluss des Untersuchungsausschusses unbeantwortet. Wir enden heute nicht mit diesem Schlussbericht, sondern er weist weiterhin ganz viele Fragen auf. Letztlich bedeutet das auch – das will ich auch ganz deutlich sagen –: Keine Entlastung für die Staatsregierung oder gar Markus Söder.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FDP)

Die möglichen Antworten auf viele Fragen, die weiter im Dunkeln liegen, hängen weiter wie ein Damoklesschwert über der Staatsregierung und über Markus Söder.

(Alexander König (CSU): Können Sie die Fragen mal aufzählen?)

– Ich freue mich, dass Sie so interessiert sind. Das wird alles noch kommen. – Dazu hat insbesondere das Verhalten der Regierungsfractionen im Untersuchungsausschuss beigetragen. Mit solchen Unsicherheiten muss man schon leben wollen, wenn

man nichts zur Aufklärung beitragen will. Eine der wichtigsten Erkenntnisse ist, wie sehr die Regierungsfractionen offensichtlich glaubten, Markus Söder schützen zu müssen, dass sie solch eine Blockadepolitik betrieben haben.

Der Ablauf des Untersuchungsausschusses spricht für sich. Vom Blockadeverhalten der Regierungsfractionen im Untersuchungsausschuss können sich einige Fußballmannschaften eine Scheibe abschneiden. Das begann bei der Verhandlung des Fragenkataloges, bei der um jedes einzelne Wort und die Nennung von Namen gefeilscht werden musste. Das sollte nur ein Vorgeschmack dessen sein, was noch kam. Weiter ging es damit, dass die CSU alle Hebel in Bewegung setzte, um den Vorsitz des Untersuchungsausschusses zu erhalten. Denn eigentlich, liebe Frau Schmidt, wären die FREIEN WÄHLER dran gewesen. Sie haben hier aber brav mitgespielt, Sie haben nicht aufgemuckt, Sie haben mitgemacht.

Des Weiteren wurde eine – so nenne ich es mal – Art Leibgarde des Ministerpräsidenten installiert; ich weiß gar nicht wie viele, aber mindestens sechs bis acht Personen waren immer vertreten und haben eifrig mitgeschrieben, auch eifrig kommuniziert. Sie haben den direkten Draht zur Staatskanzlei gebildet. Hier wurde nichts dem Zufall überlassen, nein: Kilroy is watching you.

Im Nachhinein ergibt dieser Plan auch Sinn. Josef Schmid führte den Vorsitz aus unserer Sicht keineswegs souverän, wie es seine Pflicht gewesen wäre. Das kann man an seinen Presseäußerungen, seiner Sitzungsleitung und an den Befragungen sehen. Gott sei Dank ist ja alles im Protokoll verzeichnet. Er selber hat mir das Wort entzogen, was mir in meiner über sechzigjährigen politischen Arbeit noch nie passiert ist.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): 60 Jahre?)

– Ja, ich bin so lange politisiert.

(Zuruf: Aha!)



Es ist mir in meinem Leben noch nie vorgekommen, dass mir jemand das Wort entzogen hat.

Er war auch Mitglied – das ist jetzt auch interessant – im Kuratorium des Deutschen Museums, auch wenn er nach eigener Aussage quasi nie dagewesen ist. Wie kann eine Fraktion so jemanden zum Vorsitzenden eines Untersuchungsausschusses machen, der ja neutral sein sollte,

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Was soll diese Diffamiererei!)

persönlich aber in das Untersuchungsobjekt involviert ist?

(Beifall bei den GRÜNEN – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Das ist beleidigend und diffamierend! – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Warum diffamieren Sie den Kollegen? Unverschämtheit!)

Er wusste zwar gar nicht mehr so recht, was er da eigentlich gemacht hat und an welchen Sitzungen er teilgenommen hat,

(Alexander König (CSU): Das Dreckwerfen geht weiter! Substanzielles kommt von Ihnen noch nicht viel!)

ist aber erst zu Beginn des Untersuchungsausschusses ausgetreten.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist ein Bericht über den Ausschuss, nicht über den Vorsitzenden!)

Das sollte im Übrigen nur ein Vorgeschmack davon gewesen sein, dass das Deutsche Museum offenbar wie ein Schlag mit dem Holzhammer auf den Hinterkopf wirkt. Viele höhere Beamte, die mit dem Projekt zu tun hatten, offenbarten danach große Erinnerungslücken. Wir haben es nicht gezählt, wir können dann mal eine Suchmaschine drübergehen lassen. "Ich kann mich nicht erinnern" war aber ein viel genanntes Zitat.

Auch der Umgang mit den Akten war bezeichnend. Teile der Akten wurden spät geliefert,

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Stimmt doch nicht!)

so spät, dass die Vorbereitungszeit immer weniger wurde. Wir mussten Zeuge werden, wie Akten willkürlich als geheim bzw. sogar als besonders geheim eingestuft wurden.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Stimmt doch nicht!)

Besonders eklatant: Die Anforderung der Akten zur Kommunikation der Staatsregierung auf Anfragen aus dem Landtag und dem Obersten Rechnungshof wurde völlig anders als beim Untersuchungsausschuss "Maske" behandelt. Das Verfahren beim bayerischen VGH ist dazu übrigens noch anhängig. Wir halten diese Ablehnung für verfassungsrechtlich nicht haltbar.

Direkt schändlich war der Umgang mit den Zeugen des Obersten Rechnungshofes, denen man den kritischen Prüfbericht offensichtlich übelnahm. Während Josef Schmid als Vorsitzender seine Zeugenbefragung sonst eher halbherzig übernahm – er las meistens nur einzelne Fragen des Fragenkatalogs vor; da kann man nichts sagen, aber es war jetzt nicht die Euphorie –, fragte er bei ausweichenden Antworten so gut wie nie nach und verwies vielmehr darauf, dass die anderen ja sicher auch noch Fragen hätten.

Er schreckte sogar nicht davor zurück, Zeuginnen darin zu beraten, wie sie auf Fragen der Oppositionsfraktionen antworten sollten,

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Wie bitte? Ich glaube, ich war in einer anderen Veranstaltung!)

und diesen Worte in den Mund zu legen.

(Josef Schmid (CSU): Bei rechtswidrigen Fragen!)

Während er es sonst mit der Befragung eher locker hielt, wurden die Zeuginnen des Obersten Rechnungshofes vergleichsweise gegrillt und ihnen eigene Wertungen vorgehalten. Allein schon diese klare Zurschaustellung von Obstruktionshandeln ist ja ein Ergebnis, das wir aus dem Untersuchungsausschuss ziehen können.

Alleine, wie das Verfahren ablief! Josef Schmid hat nicht nur keinen Aufklärungswillen gezeigt, sondern sich eher als Kugelfang für die Staatsregierung freigegeben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Huber (CSU): Rechtswidrige Fragen müssen doch nicht beantwortet werden! – Alexander König (CSU): Was wollen Sie uns eigentlich zu dem Ergebnis sagen? Haben Sie eigentlich in der langen Zeit schon irgendwas gesagt, was Sie uns zum Ergebnis sagen wollen? – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Die kann doch nur ablesen!)

Aber trotz dieser widrigen Umstände sind wir zu einigen Erkenntnissen gelangt. Entscheidungsgewalt – –

(Alexander König (CSU): Ergebnisse!)

– Die kommen ja jetzt, wenn Sie mich nicht dauernd unterbrechen würden.

(Alexander König (CSU): Sie haben noch vier Minuten! Da müssen Sie sich langsam anstrengen!)

– Schön, dass Sie so interessiert sind.

Entscheidungsgewalt scheint bei der aktuellen Staatsregierung offenbar schlecht für das Langzeitgedächtnis zu sein. Söder offenbarte Erinnerungslücken am laufenden Band. Den Satz "Ich kann mich nicht erinnern" haben wir in verschiedenen Variationen im höheren zweistelligen Bereich gehört. Auch andere Staatsbeamte offenbarten Gedächtnislücken ohne Ende.

Vor allem aber konnten wir feststellen: Der Errichtung des Deutschen Museums liegt kein professionelles und sorgfältiges Verwaltungshandeln zugrunde. Söder und das

Finanzministerium haben das Verfahren entgegen jeglicher Zuständigkeit an sich gerissen; die wäre nämlich eigentlich beim Wissenschaftsministerium gelegen. Das Wissenschaftsressort scheint aber in weiten Teilen absichtlich außen vor gelassen worden zu sein.

Die Staatsregierung hat ihre Pflichten wie die Rechtsaufsicht und die Einhaltung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nicht wahrgenommen. Ein Beamter des Wissenschaftsministeriums hat erklärt, dass er aus Bockigkeit die Rechtsaufsicht verweigert hat, da er die Rolle des Wissenschaftsministeriums nur als Beiboot zum Hauptboot "Finanzministerium" wahrgenommen habe. Diese Konstellation war ein Paradebeispiel für unkluges Wirtschaften.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Die Staatsregierung hat sich hier offenbar säuberlichst über den Tisch ziehen lassen – und zwar mehr als einmal. Man fragt sich an mehreren Stellen, ob die Verantwortlichen eigentlich – auf bayerisch oder fränkisch gesagt – alle auf der Brennsuppn dahergeschwommen sind.

Ganz zuvorderst steht da der Blankoscheck der Staatsregierung, die anscheinend fast bedingungslose Vollfinanzierung des Deutschen Museums. Diese Vereinbarung trieb die Kosten enorm in die Höhe und bot für das Museum auch gar keinen Anreiz zu sparen, weitere Fördermöglichkeiten auszuloten. Söder würde das Geld ja sowieso überweisen, koste es, was es wolle. – Das ist keine wilde Spekulation der Opposition. Nein, das ist so klipp und klar in einer Finanzierungsvereinbarung festgehalten; die hat Markus Söder höchstpersönlich unterschrieben.

In dieses Bild der Verantwortungslosigkeit reihte sich nur zu gut ein, dass Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen beim gesamten Ablauf so gut wie keine Rolle gespielt haben – weder beim Deutschen Museum noch bei der Staatsregierung. Einer haushaltsrechtlichen Wirtschaftlichkeitsüberprüfung dürfte die Miethöhe – immerhin 200 Millionen Euro über die Laufzeit gerechnet, also der teuerste Mietvertrag, den der Freistaat je-

mals abgeschlossen hat – nicht standhalten. Bedeutsame Versuche, den Mietpreis nochmals irgendwie zu senken, lassen sich nicht erkennen. Vielmehr hat man im Gegenteil jedes Angebot des Vermieters, die Miete immer noch weiter in die Höhe zu treiben, willfährig angenommen.

Da ist zum Beispiel die drastische Flächenerweiterung des Museums. In den Zeugenvernehmungen wurde uns klar, dass natürlich keine Ausstellungsmacherin und kein Ausstellungsmacher Nein sagen, wenn ihnen mehr Flächen angeboten werden. Einen Bedarf, der im Vorhinein festgestellt worden wäre, gab es aber auch nicht.

Die Flächenerweiterung geht stattdessen auf ein Angebot zurück, das der Vermieter ausdrücklich an Markus Söder als Finanzminister persönlich gerichtet hatte, nicht an das Deutsche Museum. Dass das Museum zu einem geschenkten Gaul – eher zu einer geschenkten Fläche, immerhin zahlt ja der Freistaat alles – nicht Nein sagen kann, das ist doch klar. Aber die Staatsregierung als Geldgeber hätte hier doch mal genauer hinschauen müssen. Doch Markus Söder hat alles ohne weitere Bedarfs- und Wirtschaftlichkeitsprüfung protegirt.

Bis heute – und nach Ablauf des Untersuchungsausschusses – ist uns der Prozess der Standortauswahl einfach nicht nachvollziehbar. Wer traf letztendlich die Entscheidung für den Standort Augustinerhof? – Nein, nein, nicht die IMBY. Wo war die treibende Kraft? – Viel spricht dafür, dass immer wieder eine Person ihre Hände maßgeblich im Spiel hatte. Ganz eindeutig war es Markus Söder.

Auch das hat der Untersuchungsausschuss bewiesen: Markus Söder hat im Juni 2016 völlig verfrüht auf eine Standortbekanntgabe gedrängt. Menschen, die es gut mit ihm meinten, haben ihn gewarnt, aber er hat darauf gedrungen. Seit der Standort klar war, konnte natürlich mit dem einen im Hinblick darauf, dass es wirtschaftlich ist, nicht mehr verhandelt werden; man war ausgeliefert. Der Mietvertrag musste dann ein Jahr später – –

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

**Ursula Sowa (GRÜNE):** Man hat so lang dran gebastelt. – Ich komme gerne zum Schluss. Viele Fragen sind noch offen. Ich kann versichern, mit diesem Abschlussbericht ist dieses Kapitel nicht zugeschlagen. Wir werden weiter forschen, weiter intervenieren. Wir sind gespannt und wünschen dem Obersten Rechnungshof viel Mut, dass er wiederum seinen Schlussbericht öffentlich macht. Wir sind sicher, er wird uns recht geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Huber (CSU): Viel Gerede! – Alexander König (CSU): Das war jetzt wie: Hilfe, ich kann nicht schwimmen! Ich gehe unter!)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER die Kollegin Gabi Schmidt.

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Frau Sowa, welch großer Erfolg das ist, sieht man heute an diesem Raum.

Herr Körber, das ist der absolute Rohrkrepierer. Es interessieren sich nicht einmal Ihre eigenen Leute dafür. Sie haben jetzt nur noch zwei Leute da, aber keinen einzigen Nürnberger.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Bei den GRÜNEN geht es soweit, dass sich die Nürnberger Abgeordnete, die im Untersuchungsausschuss so forsch war, gar nichts mehr zu sagen traut.

(Zuruf von der CSU)

– Genau, eine OB-Kandidatin, die etwas für Nürnberg machen will, ist gar nicht da. Einen grünen Abgeordneten aus Nürnberg sehe ich noch. Die anderen Mittelfranken der SPD haben sich aus Scham – Entschuldigung, Alexandra – gedrückt. Daran sieht man, wie erfolgreich dieser Untersuchungsausschuss von Ihrer Seite aus gearbeitet hat.

Wir FREIEN WÄHLER waren von Anfang an für klare Aufdeckung. Frau Sowa, ich finde es an Ekelhaftigkeit nicht zu übertreffen. Ich war zu der Zeit, in der diese Untersuchungsausschüsse gegründet worden sind, schwer krank und wusste nicht, wann ich wiederkomme. Das als Diskussionsgrundlage mit einzubringen, wer welchen Untersuchungsausschuss zu übernehmen hat, finde ich blöd. Hätten Sie einmal gefragt, dann hätten wir es Ihnen erklärt. Erst fragen, dann reden!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Schade, dass ich da Herrn Körber nicht kommentieren kann; denn da war es genau das Gleiche. Wissen Sie, was das Allerschlimmste an diesem Untersuchungsausschuss war? Dass in der Befragung durch die Opposition die AfD die Anständigste war. Dass ich das hier einmal sagen werde, ist ein trauriges Zeichen für Sie, nicht für die AfD.

(Unruhe – Heiterkeit – Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

– Das war eindeutig so. Frau Sowa, man möchte eines sagen – –

(Unruhe – Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

– Nein, das war so. Aber Jürgen, das ist die Wahrheit.

(Unruhe)

Jetzt spreche ich. Das war die Wahrheit. Es wurde einem Zeugen mit einer Geste unterstellt, ein Problem zu haben, das er nie gehabt hat, obwohl ein ärztliches Gutachten da war, warum er nicht kommen kann. Frau Sowa, das haben viele gesehen, nicht nur ich. Das war an Schändlichkeit nicht zu übertreffen. Das haben Sie sich erlaubt. Ich kann es nicht sagen, weil ich es nicht zu Protokoll gegeben habe. Aber Sie haben das gemacht und sich entschuldigt. Das steht im Protokoll. Einfach Menschen etwas zu

unterstellen, das ist mir all die Jahre im Parlament noch nicht passiert. Aber Sie haben es getan.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich weiß nicht, was Sie gelesen haben. Die Unterlagen waren immer rechtzeitig da. In Bezug auf die Standortauswahl gab es ganz verschiedene Beurteilungen, etwa: Ich möchte in Nürnberg zwischen einem Drogeriemarkt, einem Elektronikfachmarkt – jetzt hätte ich fast den Namen dieser Anbieter gesagt – und einem Discounter kein Museum auf einer kleineren Fläche so groß wie in Bonn, wo niemand hingehet. Aber ein Museum gehört mitten in die Stadt, wo die Menschen sind, aber nicht in eine Baugrube, die heute noch nicht bebaut ist, auch nicht zwischen einem Supermarkt und einem Nagellackentferner. Da gehört kein Zukunftsmuseum hin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wie diese Auswahl gelaufen ist, war in diesen zig Gigabyte – ich habe es mir aufgeschrieben: sechs Gigabyte – nachzulesen. Herr Körber, Sie haben das auch gelesen.

(Zuruf des Abgeordneten Sebastian Körber (FDP))

– Ja, klar, dazu brauche ich Sie als Ratschlaggeber. Wenn ich auf das Pferd setze, – – Ich füttere keine toten Pferde, erst recht nicht, wenn sie im Garten des Nachbarn liegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Heiterkeit)

Frau Sowa wollte ich eines mitgeben: Der Herr Körber hat darüber gesprochen, ob das Museum, das ist protokolliert, nicht auch in Forchheim sein und auch dieser Standort geprüft werden könnte. Diese Neiddiskussionen innerhalb von Franken waren schäbig. Sie sagen, es hätte jemand gesagt, wer so etwas wolle, der spinne. Entschuldigen Sie, Peter Henlein, Behaim und Albrecht Dürer wurden in ihrer Zeit



auch "Spinner" genannt. Hat es ihnen etwas geschadet? – Nein. Falls Sie, Frau Sowa, wissen, wer das ist.

(Heiterkeit – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich habe kein Problem damit, wenn man so genannt wird. Dass die Menschen dieses Museum annehmen, zeigt uns die Anzahl der Besucher von 113.464 bis heute. Das Museum wird also angenommen. Hätten wir so einen kleinen Schuppen wie in Bonn als Dependance, würde keiner hingehen; denn das eine ist eine Ausstellungshalle, das andere ist ein Museum.

Ich möchte Ihnen nur eine Geschichte erzählen: Wir besuchten das Museum, da wurde baulich etwas verändert. Daneben steht ein Hotel, das genauso geplant war. Dann hat man dieses Museumsgebäude umgebaut. An der Gebäudeecke sind Fenster auf Fenster angeordnet. Sie sind auch Architekt und wissen, dass die Veränderung einer Statik etwas kostet. Ich fragte dort also die Bauleute, was die Statik und die Anforderungskosten verändert hat. Daraufhin erzählt mir Frau Sowa, die gar nicht gefragt war, dass das gar nichts ausmache. Ich weiß nicht, ob Sie jemals einen dreistöckigen Raum geplant haben. Aber jeder Architekt und jeder Statiker kann berechnen, dass das Vorhaben teurer wird, wenn ich die Statik verändere. Beim Gartenhaus ist das vielleicht ein wenig anders. Aber bei einem so großen Betongebäude verändert das die Kosten wahnsinnig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Falls Sie da Rückhalt wollen, können Sie Frau Köhler, Haushaltsausschuss, fragen, die Veränderungen von Baukosten zustimmt. Bitte, lassen Sie sich einmal aufklären. Sie ist eine ganz fixe Frau, die kann das.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie kritisieren, dass sich der jetzige Ministerpräsident um das Museum gekümmert hat. Entschuldigen Sie, wer von Ihnen kümmert sich nicht um die Anträge, die er ein-

gebracht hat? Das können nur welche sein, die nicht mehr gewählt werden wollen, oder? Wir haben da keine Leute dabei. Wenn Sie welche haben, die nicht mehr gewählt werden wollen, dann machen Sie weiter so. Aber bei uns kümmert man sich um die Projekte, die man einbringt, und begleitet sie, bis sie funktionieren. Herr Körber, das ist eine Selbstverständlichkeit. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Sebastian Körber (FDP):  
100.000 Euro zahlt der Steuerzahler dafür!)

Auch haben Sie über die Höhe der Spenden gesprochen. Dieses Gesetz haben auch Sie im Bund verlangt. Dann gehen Sie vor Gericht und kritisieren das. Dass Sie dann vor Gericht auch noch eine auf den Deckel bekommen haben, ist doch wohl eine Selbstverständlichkeit. Wenn Sie darum betteln, dann passiert das so.

(Heiterkeit – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dieses Gesetz haben Sie mit beantragt.

(Zuruf des Abgeordneten Sebastian Körber (FDP))

– Nein, das sind wir nicht, Herr Körber. Im Untersuchungsausschuss war es so traurig. Aber ich bin garantiert nicht Vorsitzende des Fanclubs vom Ministerpräsidenten. Ich kann Ihnen aber eines sagen: Was sauber aufgeklärt werden muss, ist auch sauber aufgeklärt worden. Auch Sie hätten die Chance gehabt. Irgendwann haben Sie den Point of no Return gehabt. Da hatten Sie Schaum vor dem Mund und wollten Sie unbedingt etwas finden. Aber da war nichts zu finden. Da war einfach nichts zu finden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Bei mir als Viehhalterin hat diese Erkrankung einen Namen. Aber das werde ich im Hohen Hause nicht sagen.

Außerdem sprechen wir über den ORH. Ich habe es noch nie erlebt – ich war bereits zuvor im Haushaltsausschuss und mit der Rechnungsprüfung befasst –, dass zuerst

eine Pressemeldung herausgeht, in der es heißt, es sei ein vermietetfreundlicher Vertrag. Aber dann hat man in der Vermietung keinen Vergleich gemacht. Ich schaue jetzt die Kollegen an, die schon lange, lange im Haushaltsausschuss sind. Dann meldet der Rechnungshof das Ganze nicht mal dem Haushaltsausschuss, sondern der Presse. Ich habe den größten Respekt vor dem Bayerischen Obersten Rechnungshof. Ihr werdet hier hoffentlich noch viele Entscheidungen treffen. Aber das war einfach falsch. Es wurde bestätigt, dass es nie einen Vergleich gab. Das müsst ihr eingestehen. Ich kann auch sagen: Entschuldigen Sie, das Hemd von Herrn Körber gefällt mir nicht. Dazu gibt es keine Vergleiche, das ist einfach so. Genauso war es beim ORH in Bezug auf den Pressebericht. Das Thema wurde erst eine Zeit später im Haushalt beraten.

Wen interessiert es denn, wenn wir jetzt eine Neiddebatte lostreten? Frau Sowa, jetzt bin ich wieder bei Ihnen. Die Konzerthalle in Bamberg, die 60 Millionen Euro kostet, hat man mit 60 % bezuschusst. Da war kein Geschimpfe. Zu der Frage, warum man in Bamberg eine Konzerthalle hat, gibt es heute noch keinen Untersuchungsausschuss. Wir bezuschussen das Deutsche Museum in München Jahr für Jahr. Das stört niemand. Aber wenn zu uns nach Nürnberg etwas kommt, dann passt der Platz mitten in der Stadt nicht. Dann wäre man lieber woanders, etwa zwischen einem Supermarkt und einem Nagellackentferner. Liebe Verena, ich habe dich immer sehr geschätzt.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Du warst in diesem Museum sehr bekannt, als wir dort unseren ersten Besuch hatten. Wie kann man so was Tolles, das in unserer Stadt entstanden ist, in der Stadt der Dichter, der Denker und der Maler, einfach in den Dreck ziehen? Dass man da etwas finden will, ist das eine. Aber wenn es dann nicht so ist, dann muss man endlich Ruhe geben. Ich finde, wir haben ein großartiges Museum. Die Unterlagen waren für jeden zugänglich. Bitte schauen Sie das nach. Das ist jeden Cent wert.

(Sebastian Körber (FDP): Jetzt ist der Datenstick weg! Jetzt ist es zu spät!)

– Als ob ihr das nicht abgespeichert hättet!

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die FDPler, die nach euch kommen, werden sich das mal in eurer Datensammlung anschauen

(Zuruf von den GRÜNEN)

und dann denken: Mein Gott, was haben die angestellt? – Viel Spaß noch bei dieser Rede. Aber ich muss sagen: Es war traurig, wie mit den Menschen umgegangen worden ist.

(Sebastian Körber (FDP): Die Rede war traurig, das stimmt!)

– Herr Körber, Sie können es dann ja noch steigern!

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich gebe Ihnen jederzeit die Chance. Ich denke, das wird elender.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Frau Kollegin, bitte kommen Sie zum Ende.

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Ich bedanke mich für die großartige Zusammenarbeit, bedanke mich beim Landtagsamt und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und entschuldige mich jetzt bei allen Zeugen, die so falsch und unwürdig angefasst wurden. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl

(FREIE WÄHLER): Bravo!)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Ferdinand Mang für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Ferdinand Mang (AfD):** Vielen Dank.

(Hans Herold (CSU): Das wird schwer nach der Rede!)

– Ja, ja, kriegen wir schon! – Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser Debatte geht es um den Abschlussbericht zum Untersuchungsausschuss Zukunftsmuseum. Worum geht es in einem Satz? – Der Oberste Rechnungshof hatte den Ablauf und den Inhalt der Vertragsgestaltungen zum Zukunftsmuseum in Nürnberg ungewohnt heftig kritisiert. Die AfD hatte das als erste Fraktion im Parlament moniert. Unter Ausschluss der AfD wurde dann von der Ampel-Opposition der Untersuchungsausschuss beantragt mit der Folge, dass die AfD diverse Geburtsfehler nicht verhindern konnte. So wurde der Untersuchungsausschuss erst zum Ende der Legislatur einberufen mit der Folge, dass mangels Zeit wichtige Zeugen nicht gehört oder nicht noch einmal vernommen werden konnten, was sehr bedauerlich ist.

Wenn man schon bei diesem Thema ist, zu etwas, was bei den vernommenen Zeugen besonders befremdlich war: Wichtige Zeugen hatten wenig glaubhafte Erinnerungslücken. Das war zum Teil derart grotesk und hatte Ausmaße angenommen, die ich in meiner zehnjährigen Tätigkeit als Konfliktverteidiger nicht im Ansatz erlebt habe. Vor einem ordentlichen Gericht hätte so mancher erinnerungslose Zeuge durchaus mit Beugehaft rechnen dürfen.

Die Berichterstattung insbesondere der zwangsfinanzierten Medien ist ihrem Ruf als "Lückenpresse" mal wieder voll und ganz gerecht geworden. An demselben Tag, an dem der Zeuge Murko, der ehemalige Direktor des Industriemuseums in Nürnberg, noch Söder beschuldigte, dass Söder hier Druck auf ihn ausübte, keine Kritik mehr an der Planung des Museums in der Innenstadt zu üben, wusste die Presse nichts anderes zu berichten, als dass die Zeugen Söder entlasten würden – also glatt gelogen, wenn man die Aussagen des Zeugen Murko unterschlägt.

Und Söder selbst? – Söder war freilich selbst auch von schweren Erinnerungslücken geplagt. Seine selektive Amnesie hätte dabei durchaus Potenzial für einen pathologischen Befund. Man sollte diese "Dementieritis" endlich als Berufskrankheit von Politikern anerkennen. Schließlich grassiert diese Krankheit in hohem Maß bei den Spitzenpolitikern der etablierten Parteien.

In diesem Verfahren war auch besonders Söder davon betroffen. So konnte der Ministerpräsident nicht einmal sagen, ob er jemals den großzügigen Spender Schmelzer zu Hause besucht hat oder nicht. Schmelzer war übrigens dieser freundliche Mann, der als Vermieter des Zukunftsmuseums dem bayerischen Volk dieses graue, hässliche Bauwerk im Bauhausstil in der Innenstadt zu Gesamtkosten von insgesamt läppischen 200 Millionen Euro überlässt. Für Söder ist die ganze Aufregung ja ziemlich unverständlich. Was sind für ihn schon 200 Millionen Euro? Er wirft ja lieber mit Klima- und Flüchtlingsmilliarden um sich.

Ja, ja: Wir haben die Gutachten gelesen. Alles im Rahmen, wenn man ein Museum in bester Innenstadtlage vom Vermieter bauen lässt und für 20 Jahre anmietet. Aber dass man dieses Museum für 200 Millionen Euro mehrmals kaufen hätte können, vielleicht nicht gerade in der Innenstadtlage, aber vielleicht ganz passend neben dem Museum für Industriekultur – darüber schweigen freilich die Gutachten. Das ist unser Vorwurf.

Es gibt schon frühe handschriftliche Anmerkungen von Söder, mit denen er die befassten Mitarbeiter der Ministerien anwies, ein Grundstück in der Innenstadt zu suchen. In der Innenstadt gab es nur ein einziges Grundstück, das für das Museum geeignet war: das Grundstück von Schmelzers Unternehmensgruppe. Söders Wunsch zur Lage in der Innenstadt kann man also getrost gleichsetzen mit dem Wunsch "Nehmt dem Schmelzer sein Grundstück". Das wäre zumindest geradeaus gewesen.

Hinzu kam dann noch, dass, bevor überhaupt der Mietvertrag ausgehandelt und unterzeichnet wurde, Söder trotz aller Warnungen auch aus seinem eigenen Ministerium

Schmelzers Grundstück als Standort verkündete. Ab diesem Zeitpunkt hatte der zukünftige Vermieter alle Trümpfe in der Hand, und die Kosten stiegen und stiegen bis zu den sagenumwobenen 200 Millionen Euro, wobei bezüglich weiterer Kostensteigerungen laut ORH noch kein Ende der Fahnenstange in Sicht ist.

Man kann also zusammenfassen, dass Söder gezielt für den Vermieter Schmelzer eine Monopolsituation geschaffen hat – erst mit der Einschränkung auf die Innenstadt und dann mit der voreiligen Verkündigung des Standorts zum Schaden des bayerischen Steuerzahlers.

Zuletzt möchte ich mich noch bei den Mitarbeitern des Landtagsamts bedanken, die die Sitzungen hervorragend vorbereitet haben und uns stets mit Rat und Tat zur Seite standen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich will meinem Statement eine Vorbemerkung voranschicken – und ich glaube, die ist auch notwendig: Wenn hier der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses und auch die Kollegin Gabi Schmidt die demokratischen Oppositionsfraktionen mit Vorwürfen der Maßlosigkeit und der Unangemessenheit überziehen und dann hier an diesem Pult selber maßlos und unangemessen agieren, dann deuten sie mit einem Finger in Richtung Opposition, aber drei Finger zeigen auf sie zurück!

(Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Sie haben heute in Ihren Statements beide der AfD das Wort geredet, und Sie haben völlig unhaltbare Aussagen getroffen. Ich verwehre mich für meine Person, aber auch für meine Fraktion und für die anderen demokratischen Oppositionsfraktionen gegen

diese Art und Weise des Umgangs. Der Vorwurf der Maßlosigkeit und des unangemessenen Agierens trifft Sie beide persönlich, und allen voran den Vorsitzenden!

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Die parteiische Art der Amtsführung, Herr Kollege Schmid, zieht sich bis in das Schlussgremium hier. Lesen Sie Ihre Rede nach und fragen Sie dann, ob Sie irgendein Recht haben, irgendeine der demokratischen Oppositionsfraktionen in diesem Untersuchungsausschuss so anzugreifen, wie Sie es getan haben. Alles fällt auf Sie selbst zurück. Denken Sie mal darüber nach, was Ihre Rolle als Parlamentarier in diesem Untersuchungsausschuss war, und überlegen Sie mal, ob Sie dieser Rolle gerecht geworden sind!

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Dann halten wir doch mal die Fakten fest, die dieser Untersuchungsausschuss ergeben hat. Was sind die Fakten? – Das Deutsche Museum Nürnberg sollte eine Anschubfinanzierung in Höhe von acht Millionen Euro durch den Freistaat Bayern bekommen. Acht Millionen Euro Anschubfinanzierung durch den Freistaat Bayern!

Jetzt sind wir herausgekommen – das ist durch den Untersuchungsausschuss eins zu eins bestätigt worden, auch der Weg dahin, ein sehr interessanter Weg, sage ich nur – bei einer Vollfinanzierung dieses Museums, des Deutschen Museums, ausschließlich durch den Freistaat Bayern in einem Volumen von über 200 Millionen Euro. Die Finanzierungskosten des Freistaats Bayern haben sich bei diesem Projekt verfünfundzwanzigfach.

Das ist doch eigentlich ein Anlass, in Demut zu sagen: Da ist was aus dem Ruder gelaufen. Da sind Fragwürdigkeiten vorgekommen. – Gestehen Sie doch demütig zu, dass der Verlauf dieses Projekts nicht gut war, dass Sie Besserung geloben und dass in der Zukunft solche Fehler vermieden werden. Was machen Sie stattdessen? – Völlig unangemessene und unsachliche Kritik am Bayerischen Obersten Rechnungshof,



einem Verfassungsorgan. Sie haben jeden politischen Maßstab verloren und auch den Respekt vor diesem Bayerischen Obersten Rechnungshof.

Klar ist: Dieses Projekt ist aus dem Ruder gelaufen, insbesondere was den Finanzierungsbeitrag des Freistaats Bayern anbetrifft. So sind die Fakten, und so hat es der Untersuchungsausschuss auch bestätigt.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Zum Obersten Rechnungshof sage ich: Wir sind dankbar für die akribische Arbeit des Bayerischen Obersten Rechnungshofs. Wir sind dankbar für die klaren Aussagen des Obersten Rechnungshofs, trotz der Droh- und Druckkulisse der CSU nicht nur in diesem Fall, sondern auch in vielen anderen Fällen. Wir sind dankbar für die Haltung, die wir beim Obersten Rechnungshof brauchen. Ich weiß, dass es Ihnen nicht gefällt. Denken Sie mal darüber nach.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Harald Schwartz (CSU))

Respekt und Anerkennung für die Haltung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, der im Untersuchungsausschuss zu allen seinen Vorwürfen eins zu eins gestanden hat und sie auch bis zum Schluss begründet dargelegt hat! Ich danke dem Obersten Rechnungshof.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FDP)

Unser Hauptvorwurf hat sich auch bestätigt, nämlich dass diese Zweigstelle des Deutschen Museums, diese Erweiterung der bayerischen Museumslandschaft, die wir auch begrüßen, für den Steuerzahler wesentlich, um Millionen Euro günstiger hätte realisiert werden können. Die unglaubliche Summe von 232.000 Euro Miete im Monat hätte vermieden werden können, wenn der Herr Ministerpräsident sich nicht viel zu früh auf einen Investor festgelegt hätte. Damit hat er sich diesem auch ausgeliefert. Diese Zweigstelle des Deutschen Museums hätte zu deutlich niedrigeren Kosten für

den Steuerzahler realisiert werden können und auch müssen. Das halten wir nach diesem Untersuchungsausschuss fest.

Wer hat davon profitiert? – Der Investor ist ein CSU-Spender, der mehrfach große und kleine Beträge an die Partei gespendet hat. Wer hat das Ganze in dieser Art und Weise eingefädelt und durchgesetzt? – Das war der damalige Finanzminister und heutige Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Da wirkt es wirklich mehr als komisch, dass bei dem Herzensprojekt, das immer verfolgt wurde – nehmen wir mal die Ausgangstheorie an, und davon bin ich auch überzeugt –, sowohl Söder als auch die CSU im Ausschuss den Eindruck zu erwecken versucht haben, Söder habe praktisch operativ gar nicht, überhaupt nicht in die Sachentscheidungen bei diesem Deutschen Museum Nürnberg eingegriffen. In den Akten liest man überall: Söder, Söder, Söder, und zwar sowohl in den Akten des Deutschen Museums als auch des Wissenschafts- als auch des Finanzministeriums. Söder, Söder, Söder.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Komisch, komisch!)

So sehr sich die Spur von Markus Söder durch die Akten zieht, bei der Befragung wurde er, nachdem er seine Eingangsgeschichte vorgetragen hat, plötzlich ungewöhnlich wortkarg. Ich darf die Zahl auch nennen. "Ich kann mich daran nicht erinnern", antwortete Söder auf fast jede substantielle Frage, bei der klar war: Wenn das das Projekt aus seinem Stimmkreis ist, dann hätte er sich erinnern können und auch müssen. "Ich kann mich daran nicht erinnern", das war die häufigste Antwort des Ministerpräsidenten auf die drängenden Fragen. Insgesamt 41 mal kann sich der Zeuge Söder an nichts erinnern. Jeder hier im Saal,

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Hört, hört!)

aber auch draußen kann sich daraus sein eigenes Urteil bilden.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

– Ich weiß, was Herr Söder zu Herrn Scholz gesagt hat; nur: Dieses Potenzial, diese Erinnerungslücken bei seinem ureigensten Projekt in seiner Heimatstadt, das lassen wir dem Ministerpräsidenten nicht durchgehen. Das ist absolut unglaublich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FDP)

Dann schauen wir doch mal, ob sich der Ministerpräsident, damaliger Finanzminister, um alles gekümmert hat, beispielsweise um die Ressortabstimmung, Federführung, Verantwortung. Klar, federführend für das Deutsche Museum Nürnberg ist das Wissenschaftsministerium. Natürlich ist die Vorlage im Rahmen der Nordbayern-Initiative erfolgt; aber sie war vorher mit dem Wissenschaftsministerium abzustimmen. Das hat nicht stattgefunden. Söder hat das in der Ministerratsvorlage reingebracht, ohne dass das zuständige Fachressort auf der Arbeits- und auf der Führungsebene eingebunden war. Sie haben damit aus der Zeitung von diesem Projekt erfahren. Das ist doch absurd.

Ich lese dann im Bericht Ihr Statement: Der Ministerratsvorlage vom 04.08. ist zu entnehmen, dass die Projekte der Nordbayern-Initiative mit dem Wissenschafts- und dem Wirtschaftsministerium abgestimmt waren. Wie die Abstimmung konkret erfolgt ist, schreiben Sie, konnte durch die Beweisaufnahme nicht geklärt werden. – Das ist lachhaft. Klar ist, dass diese Abstimmung nicht erfolgt ist. Der Amtschef hat sich hinterher beschwert, dass er davon aus der Zeitung erfährt, und alle Zeugen haben kein Wort dazu sagen können, wie denn diese Abstimmung stattgefunden hätte. Sie hat nicht stattgefunden.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Aha!)

Eine vorherige Abstimmung gab es nicht, und ohne vorherige Abstimmung mit dem zuständigen Ressort ist dieses Projekt in die Nordbayern-Initiative durchgedrückt worden. So hat das Projekt begonnen. Leider hat es sich auch so fortgesetzt.

Gehen wir mal zur maßgeblichen Entscheidung in Richtung Augustinerhof. Der Augustinerhof in Nürnberg kam zustande, weil Dr. Markus Söder es so wollte. Dann ist die Frage, die der Untersuchungsausschuss – und übrigens auch mit Ihren Stimmen – gestellt hat: Setzte sich der damalige Staatsminister der Finanzen und für Heimat persönlich für den Standort Augustinerhof-Areal ein? – Falls ja: Ab wann und inwiefern? – Ihre Antwort in Ihrem Bericht lautet: Der damalige Staatsminister der Finanzen und für Heimat setzte sich nicht persönlich bei dem Zeugen Gerd Schmelzer für die Auswahl des Standorts Augustinerhof ein. Das war aber gar nicht die Frage,

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ja!)

und es war nicht der Punkt. Sie geben eine Antwort zu einer Frage, die gar nicht gestellt wurde. Natürlich hat sich Söder persönlich für diesen Standort eingesetzt, und er hat ihn letztendlich persönlich auch durchgesetzt.

(Hans Herold (CSU): Es ist auch der beste Standort!)

– Der Fehler war doch die frühe Festlegung auf diesen Standort. Die hat Dr. Markus Söder persönlich zu verantworten. Zu diesem Zeitpunkt gab es weder einen Vertrag mit dem Vermieter noch sonst irgendwelche Eckpunkte, und trotzdem – ob aus Geltungssucht oder aus welchen Motiven auch immer – hat Söder diesen Standort durchgesetzt, um damit den Investor festzulegen. Das ist von fataler Konsequenz.

Ich sage Ihnen mal, was die Beteiligten zu dieser Vorfestlegung sagen. Ich sage Ihnen nur mal, was der Justiziar des Deutschen Museums, auch in diesem Untersuchungsausschuss, dazu gesagt hat: Wenn ich jetzt also weiß, dass ich in Verhandlungen mit einem Monopolisten gehe, dann ist es aus meiner Sicht – das ist meine Meinung – schlecht, wenn ein Monopolist weiß, dass er ein Monopolist ist. Deswegen würde ich persönlich versuchen, den Monopolisten möglichst spät oder gar nicht wissen zu lassen, dass er Monopolist ist, weil es klar ist: Ein Monopolist sitzt halt einfach an einem starken Hebel. – Genau so war es, und genau so hat es sich realisiert.

Im Übrigen will ich zum Deutschen Museum, zu Markus Söder und dem Finanzministerium nur abschließend bemerken: Prof. Heckl hat auf die Frage, warum er denn trotz der Bedenken da zugestimmt hat, geantwortet: Wenn der Minister einen Termin wünscht, –

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

**Volkmar Halbleib (SPD):** – dann hat natürlich auch das Deutsche Museum hier jetzt nicht eine Stellung, um zu sagen: Das machen wir nicht. – So waren die Verhältnisse in dem Fall. So hat Söder die Sachen durchgesetzt.

Das gilt im Übrigen auch für die Flächenerweiterung, die überhaupt nicht von der Bedarfsanforderung des Deutschen Museums gedeckt war. Diese Spur von Dr. Markus Söder zieht sich mit gravierenden und dramatischen Ergebnissen für den bayerischen Steuerzahler durch den Fall. Zumindest ein bisschen Demut gegenüber diesem Ergebnis –

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege.

**Volkmar Halbleib (SPD):** – sollten Sie auch in diesem Hohen Hause haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FDP)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Nächster Redner ist der Kollege Sebastian Körber für die FDP-Fraktion. Sie haben das Wort.

**Sebastian Körber (FDP):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt hier viele selektiv ausgewählte Zeitungsartikel, die der Kollege Schmid gelesen hat. Die Akten zu studieren, wäre wahrscheinlich sinnvoller gewesen. Die anderen paar Hundert Zeitungsartikel hat er weggelassen. Gut, das ist sein gutes Recht, aber das war jetzt alles, was ich da Substanzielles mitgenommen habe. Das, was die Kollegin Schmidt gemacht hat, das war vielleicht für den YouTube Channel der FREI-

EN WÄHLER Comedy live oder irgendwie so was, aber das hatte jetzt substanziell wirklich gar nichts – –

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER) – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Unbeschreiblich!)

– Kollegin Schmidt, aber wirklich, – –

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Unbeschreiblich!)

– Das hatte jetzt wirklich gar nichts Inhaltliches, was Sie hier vorgetragen haben. Der Herr Staatsminister würde dann gerne, glaube ich, gleich noch als Nächster reden. Zumindest ruft er hier ständig rein. Er kann sich gerne melden.

Jetzt kommen wir aber mal zu den Fakten. Das ist, glaube ich, am einfachsten. Wir orientieren uns einfach mal an den Fakten. Also: Hier wurde irgendwann mal ein Standort festgelegt, und es heißt jetzt hier dann immer: Gut, das war alles vermietetfreundlich, sagt die Opposition. Das sagt der Bayerische Oberste Rechnungshof, das ist eine unabhängige Instanz in Bayern. Ich kann es überhaupt nicht nachvollziehen, wie respektlos CSU-Politiker hier mit dem Bayerischen Obersten Rechnungshof umgehen. Die sollen seriös arbeiten, hat der amtierende Wissenschaftsminister gesagt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann verstehen, dass man sich wünscht, dass man das auch noch kontrollieren kann und es irgendeinem Ministerium unterordnet.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

Gott sei Dank ist das nicht der Fall. Der Kollege Halbleib hat es ausgeführt. Der Bayerische Oberste Rechnungshof bleibt zu Recht bei seiner Haltung, genauso wie zwei andere gutachterliche Stellungnahmen, die man anscheinend hier immer vergisst oder vielleicht auch noch nicht gelesen hat. Zu bewerten, ob da jetzt irgendwas justiziabel

festzustellen ist, ist überhaupt nicht unsere Aufgabe. Dafür gibt es auch unabhängige Gerichte und Gott sei Dank auch eine Gewaltenteilung.

Lieber Kollege Schmid, zu den Fakten gehört auch – sorry, dass ich das anscheinend einem Juristen sagen muss –: Die Eilbedürftigkeit im Verfahren ist gerade abgelehnt worden. Zum Inhalt ist nichts, aber auch gar nichts entschieden und gesagt; aber Sie haben lieber alles blockiert. Das ist ausgiebig dargelegt worden. Deswegen komme ich mal wieder auf die Fakten zurück.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt achteinhalb dünne DIN-A4-Seiten, die diese Plausibilität des Standortes, was die Miethöhe angeht, belegen sollen. Da hat man das Ganze verglichen. Das habe nicht ich gemacht, sondern das hat die IMBY gemacht. Darauf bezieht sich die gesamte Wissenshoheit, was die Miethöhe angeht, des entsprechenden Ministeriums und auch von Markus Söder. Das muss er sich dann eben schon anhören. Für das Protokoll sage ich: Er ist natürlich nicht da. Warum sollte er auch da sein? – Er braucht sich nicht mit dem Parlament zu befassen. Da hat man eine Kartierung für diese Lage vorgenommen von zwischen 20 und 60 Euro pro Quadratmeter, vergleichsweise als Einzelhandelslage. Wissen Sie, was der Immobilienreport der Stadt München heute für diese Lage feststellt? – Circa 20 Euro pro Quadratmeter. Also, dass das hinten und vorn falsch ist, das ist völlig klar, und das belegte heute auch der Immobilienreport der Stadt Nürnberg. Das muss man sich gar nicht mehr anschauen. Was die Vergleichbarkeit angeht, hätte ich mich gerne mit dem Mitarbeiter der Immobilien Freistaat Bayern unterhalten, der das verfasst hat. Leider ist er dauerhaft krank, sonst hätten wir darüber sprechen können, wer ihn angewiesen hat oder was seine Quellen sind, um solche Zahlen hineinzuschreiben. Das ist aber einer der Punkte, die massiv im Dunkeln bleiben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

So, dann hat Herr Heckl irgendwann den Mietvertrag unterschrieben. Es ist auch nachgewiesen worden, er hatte offenkundig überhaupt keine Ahnung, was er da unterschreibt, ob er einen Quadratmetermietpreis unterschreibt, einen Pauschalmietpreis,

einen Dach- und Fachvertrag. Er hat sich nie damit befasst. Warum sollte er das denn auch? – Schließlich hat der Finanzminister damals das Ganze zeitgleich festgelegt. Übrigens geschah das aus dem Heimatmuseum in Nürnberg heraus. Und passenderweise hat diese Immobilie der Bruder des Vermieters vermietet. Das ist aber selbstverständlich reiner Zufall, dass sich das so darstellt, als ob das offenkundig vor Ort ein Family Business ist. Ja, da wurde dann eben das Ganze festgelegt.

So, der Mietvertrag hat 38 Euro pro Quadratmeter Kaltmiete festgelegt. Da kommen dann die Betriebskosten noch dazu für Lufträume, für Technikflächen, für die Heizungsräume. Das ist im Gewerberecht durchaus zulässig, aber man muss erst einmal einen Dummen finden, der das unterschreibt. Und wenn dann der Finanzminister sinngemäß sagt "Am Geld wird es nicht scheitern, Geld spielt keine Rolle", dann ist das ein einziger Glücksfall. Das hat Gabi Schmidt im Ausschuss ja auch einmal gesagt: Der Augustinerhof war ein großer Glücksfall. – Ja, das war er, und zwar für den Vermieter. Der hat davon nämlich massiv profitiert. Hier wird immer dieser fade Beigeschmack mit der Frage bleiben, wie viele Millionen Euro Steuergelder an dieser Stelle verschwendet worden sind.

Herr Kollege Halbleib wollte noch etwas zur Flächenerweiterung ausführen, deshalb mache ich das jetzt sehr gerne an dieser Stelle. Bleiben wir einfach bei den Fakten. Die kann dann jeder für sich selbst bewerten. Ich gebe einfach die Chronologie wieder. Im Jahr 2013 – reiner Zufall – spendet der Unternehmer Geld an die CSU, und zwar eine fünfstellige Summe. Im Jahr 2014 macht Markus Söder eine Nordbayern-Initiative. Im Jahr 2015 wird der Augustinerhof aus seinem Ministerium vorgeschlagen, nicht von der IMBY, sondern von seinem Ministerium wird der Augustinerhof als möglicher Standort ins Spiel gebracht, und er soll berücksichtigt werden. Im Jahr 2016 legt Markus Söder am 10.06. genau diesen Standort fest, und zwar in einer Pressekonferenz. Das können Sie alles in einer Pressemitteilung nachlesen. Markus Söder legt also diesen Standort fest. Damit hat er jetzt dem Vermieter eine absolute Carte blanche gegeben, an Miete zu machen, was alles möglich ist. Der Mietvertrag ist



so etwas von vermietetfreundlich, das hat der Bayerische Oberste Rechnungshof selbst festgestellt. Na klar, der konnte jetzt alles machen. Wissen Sie, wann der Mietvertrag unterschrieben worden ist? – Er wurde im Jahr 2017 unterschrieben. So etwas habe ich ehrlich gesagt in der Immobilienbranche noch nie erlebt, dass man einen Standort nach außen hinausposaunt, dem Vermieter alles zuspießt, was man ihm nur geben kann, und dann erst den Mietvertrag unterschreibt, fast ein Jahr später. 38 Euro Kaltmiete. Fast 200.000 Millionen Euro ist die Gesamtsumme.

So, dann hat der Vermieter gemerkt: Gut, das Ding kommt zu mir. – Der Standort wurde im Jahr 2016 festgelegt. Na ja, das waren 4.000 Quadratmeter. Dann dachte der Vermieter: Ich habe ja noch das Dachgeschoss, da könnte ich die Haustechnik unterbringen. Vielleicht kann ich das auch für 38 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter vermieten. So ist das dann auch gekommen. Er hat dann also ein Flächenangebot gemacht. Übrigens würde auch ich als Vermieter dem Mieter das Flächenangebot machen. Das wäre irgendwo in der Sache logisch. Aber was ist passiert? – Der Vermieter hat einem Mitarbeiter des Finanzministeriums, nicht des Wissenschaftsministeriums, ein Angebot zur Flächenerweiterung gegeben. Das Ganze sollte jetzt von 4.000 Quadratmeter auf 5.500 Quadratmeter erhöht werden. Das heißt – und dafür muss man kein Mathegenie sein –, das ist eine Flächenerweiterung von knapp 40 %. Wissen Sie, wie sich die Miete im gleichen Zeitfenster erhöht hat? – Um 90 %. Sie erhöhte sich von 3 Millionen Euro auf ungefähr 6 Millionen Euro. Das ist das, was dann eben passiert ist. Das ist alles nur passiert, weil Markus Söder sich persönlich als Abgeordneter vor Ort verwendet hat, wie Frau Kollegin Schmidt das so formuliert. Ja, das stimmt, und zwar massiv zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Dann ist der Standort im Jahr 2017 festgelegt worden. Dann hat der Vermieter eine Finanzierung über die Bayerische Landesbank abgeschlossen, das können Sie in Pressemitteilungen nachlesen. Er hat das also nicht mit seiner privaten Hausbank gemacht oder mit der Sparkasse, nein, die Bayerische Landesbank hat das Ganze finanziert. Das alles ist natürlich reiner Zufall. Und dann gab es ganz, ganz zufällig – ohne

kausalen Zusammenhang, den möchte ich hier nicht konstruieren – im Jahr 2018 die nächste Parteispende an die CSU, und im Jahr 2019 gab es noch einmal eine Spende. Vor und nach diesem Prozess – wieder reiner Zufall – wurden 100.000 Euro an die CSU gespendet. Aber das alles hat natürlich gar nichts miteinander zu tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die IMBY hat das alles in Amtshilfe gemacht. Das war ein einmaliger Sonderfall. Es war eine so einmalige Sonderkonstruktion, dass das die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler noch ganz lange abbezahlen müssen. Der Einzige, der sich freut, das ist der Vermieter. Er hat den dicksten Mietvertrag, den es jemals gegeben hat.

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

**Sebastian Körber (FDP):** Markus Söder hat sich da sein ganz persönliches Märchenschloss hinbauen können. Er hat es dann im Star-Trek-Outfit eröffnet. Der Prozess stinkt dermaßen. Er stinkt noch heute von Nürnberg bis hierher.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Jochen Kohler. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Jochen Kohler (CSU):** Sehr geehrter Herr stellvertretender Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was bleibt zum Schluss noch zum Untersuchungsausschuss zu sagen? – Ich könnte viele persönliche Eindrücke vermitteln über die zahlreichen Sitzungen, über die zahlreichen Zeugeneinvernahmen, über die ganzen Vorhaltungen, die gemacht worden sind. Wir haben jetzt sechs Redner von sechs Parteien gehört, und zwar mit viel Emotion, so glaube ich, kann man sagen, und auch mit vielen persönlichen Unterstellungen.

Für die, die da sind – viele sind es nicht mehr –, möchte ich einen Faktencheck durchführen. Ich glaube, so heißt das im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Die Opposition hat zwei Kernaussagen, zwei Kernvorwürfe getätigt. Der erste Kernvorwurf hieß: Es

liegt ein Fehlverhalten der Staatsregierung vor. Diese Hauptthese wurde mit vier Thesen untermauert. Einmal sollte die Rolle des damaligen Finanzministers untersucht werden, einmal die Rolle des Landtags, einmal die Standortfrage und schließlich die Spendenzahlungen, wie schon erwähnt. Was gab es nicht schon im Vorfeld für Aussagen der Opposition: Steuerverschwendung, Vetternwirtschaft, Immobilienskandal des Jahres.

(Sebastian Körber (FDP): Zustimmung!)

Schauen wir uns doch einmal ganz neutral und wertfrei die Zeugenaussagen an, und zwar bezogen auf diese vier Säulen der Argumentation. Erstens. Rolle des damaligen Finanzministers. Hier konnten wir ganz klar die Erkenntnis gewinnen, es gab keinen Alleingang des damaligen Finanzministers und jetzigen Ministerpräsidenten. Er hatte die Idee für die Zweigstelle in Nürnberg und brachte dieses Projekt in die sogenannte Nordbayern-Initiative ein als eines von 56 Projekten zur Stärkung Nordbayerns. Das heißt: Erster Skandal vom Tisch gewischt. Kein Skandal!

Die zweite Aussage, die zu hinterfragen war, ist die Rolle des Landtags. Hier hat sich durch die zahlreichen Zeugen ganz klar herausgestellt: Die Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg hatte immer die volle Rückendeckung des Bayerischen Landtags. Der Landtag als Haushaltsgesetzgeber war durchgängig und umfassend informiert.

(Zuruf: Lüge!)

Wie überall gilt auch hier der Satz: Geld vom Freistaat gibt es nur, wenn der Haushaltsgesetzgeber das Geld auch freigibt. – Damit ist auch der zweite Vorwurf vom Tisch. Kein Skandal!

Die dritte Frage, die es zu klären galt, war die Standortfrage. Eine ganz klare Erkenntnis aus dem Untersuchungsausschuss: Für den Standort Augustinerhof entschied sich allein das Deutsche Museum, ohne Einwirken der Staatsregierung. Es gab eine um-

fassende Stärken-Schwächen-Analyse, aber letztendlich gab es ein zentrales Ergebnis: Es gab nur einen sinnvollen Standort in Nürnberg, und zwar den Augustinerhof. Dieser liegt innerhalb des Altstadtrings und damit auch innerhalb der Touristenströme im Herzen von Nürnberg. Das heißt: Auch der dritte Vorwurf ist vom Tisch gewischt. Kein Skandal!

Vierter Punkt: Die Frage: Gab es Vetternwirtschaft? Gab es Spenden für das Deutsche Museum? – Wir haben die entsprechenden Zeugen vernommen, und was kam heraus? – Haltlose Vorwürfe. Das Ergebnis war, es waren haltlose Vorwürfe der Vetternwirtschaft, die beseitigt werden konnten. Der Zeuge Schmelzer spendete Geld, das ist richtig, als Großunternehmer für die CSU. Aber ein Jahr später kandidierte im Jahr 2020 seine Frau im Stadtratswahlkampf. Letzten Endes wurde sie dann auch Bürgermeisterin von Nürnberg. Es gibt und gab hier keinerlei Zusammenhang mit dem Deutschen Museum.

Also, vier von vier Punkten wurden untersucht. Wo war der Skandal? – Kein Skandal. In dem Fall also: glatter Freispruch für die Staatsregierung.

Nun zur zweiten Aussage, zur zweiten These: Was ist mit den Baukosten, und was ist mit dem Mietvertrag? – Das galt es zu untersuchen. Waren die Baukosten zu hoch? Was war mit dem Mietvertrag? War der zu lang? Wie sind die Vertragslaufzeiten des Mietvertrags? – Nehmen wir uns auch hier die drei Bausteine vor – wir wollen nichts unter den Teppich kehren –: Richtig ist, die Baukosten waren mehr, als am Anfang geschätzt. Aber das Projekt hat sich natürlich am Anfang entwickelt. Man hat sich Gedanken gemacht, wie man jungen Leuten in so einem neuen Gebäude, in so einem neuen Museum diese Idee der Zukunft näherbringen kann. Logisch ist auch: Mit mehr Museum hat man auch mehr Geld gebraucht. Vonseiten des Ministeriums wurde immer auf die Einhaltung der bereitgestellten Mittel geachtet. Also, auch hier kein Skandal.

Dann zum Mietpreis. Da war es dann letztendlich so – für alle hier im Raum noch mal –: Da haben sich die Regierungsparteien, die CSU und die FREIEN WÄHLER, einen Gutachter ausgesucht, und die Opposition konnte sich einen Gutachter aussuchen. Was war das Ergebnis? – Beide Gutachter kamen zu dem Ergebnis: Der Mietvertrag, sowohl der Mietpreis als auch die Mietdauer, ist plausibel und marktgerecht.

Bei einem Sonderbau, sehr geehrte Damen und Herren, mit diesen besonderen Anforderungen und dieser besonders hochwertigen Ausstattung war klar, dass es nicht billig wird. Aber von beiden Gutachtern wurde bestätigt: Alles im erlaubten Rahmen. – Also, auch hier ist der nächste potenzielle Skandal vom Tisch gewischt. Kein Skandal!

Jetzt zum letzten Punkt, zur Vertragslaufzeit: Auch hier kamen beide Gutachter – der Gutachter der Opposition und der Gutachter der Regierungsfractionen – zu dem Ergebnis: Die Vertragslaufzeit von 25 Jahren ist gerechtfertigt. – Sie sehen also: Beide Gutachter kamen auch hier zum Ergebnis: Alles mit rechten Dingen abgelaufen.

Also auch diese drei Punkte, die beim zweiten Vorwurfsbaustein der Opposition herangezogen wurden, wurden vom Tisch gewischt. Ein ganz neutraler Faktencheck hat ergeben: Alles ist mit rechten Dingen zugegangen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, allgemein gilt für jedes Museum: Ein Museum an sich kann nicht wirtschaftlich arbeiten. Das wirtschaftlichste Museum – ich glaube, da sind wir uns alle einig – ist das Museum, das erst gar nicht gebaut wird. Wo denn sonst als bei einem Zukunftsmuseum mit dem Ziel der Förderung junger Menschen, um ihnen das Thema Zukunft näherzubringen, wäre das Steuergeld gewinnbringender angelegt? Wo denn sonst?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Erfolg spricht letztendlich für sich. Einer meiner Vorredner hat es schon erwähnt. Die Besucherzahlen sprechen auch für sich. Schauen wir uns auch hier mal die Fakten an: Im ursprünglichen Konzept des Zukunftsmuseums war von 30.000 Gästen die

Rede. Was ist Fakt, wie viele Leute kamen? – Im ersten Jahr kamen 111.000 Gäste, und seit der Eröffnung im September 2021 kamen rund 220.000 Gäste ins Zukunftsmuseum – ein Erfolg sondergleichen. Alle Erwartungen wurden hier übertroffen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das waren jetzt die reinen Fakten. Sie sprechen ganz klar für das Museum.

Ich darf in den letzten Sekunden meiner Redezeit alle Kolleginnen und Kollegen herzlich einladen. Kommen Sie nach Nürnberg!

Ich bedanke mich für die Teilnahme an diesem wirklich guten Untersuchungsausschuss. Schön, dass er stattgefunden hat; schön, dass wir beweisen konnten, dass bei diesem Museum wirklich alles nach Recht und Gesetz abgelaufen ist.

Der Kollege Halbleib hat am Schluss noch gesagt – da hinten sitzt er –, dass man von 8 auf 200 Millionen Euro gekommen ist. Ich kenne kein Museum, das man für 8 Millionen Euro hätte bauen können.

(Margit Wild (SPD): Es ging um die Förderung! Ein bisschen genauer sollte man schon argumentieren!)

Ich habe mir verschiedene Stichpunkte aufgeschrieben. "Wikipedia" definiert eine Anschubfinanzierung als eine stützende finanzielle Maßnahme, mit der Anfangsschwierigkeiten eines Projektes überwunden werden können.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Genau!)

Das wird als Anschubfinanzierung definiert. Damit kann man doch kein ganzes Museum bauen. Aber egal, auch mit solchen Vorwürfen durften wir uns die letzten Monate herumschlagen.

Also, ich bin unendlich dankbar für diesen Untersuchungsausschuss, sodass wir all diese haltlosen Vorwürfe widerlegen konnten. Es lief alles nach Recht und Gesetz ab.

Zum Schluss darf ich jetzt jeden einladen: Kommen Sie nach Nürnberg, schauen Sie sich das Museum an!

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Mach ich!)

Es ist immer einen Urlaub, eine Reise wert. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, es liegt eine Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dazu erteile ich dem Kollegen Sebastian Körber für die FDP-Fraktion das Wort.

**Sebastian Körber (FDP):** Herr Kollege Kohler, Sie haben gerade einen eigenen Faktencheck gemacht und gesagt, in den Standortauswahlprozess hat sich Ihr Parteifreund Söder nicht eingemischt. Ich will mal feststellen – Sie haben die Akten sicherlich gelesen –, dass im Dezember 2015 ein Mitarbeiter des Finanzministeriums diesen Standort ins Spiel gebracht hat. Der Vorschlag kam nicht von der IMBY. Das sind Fakten. Jetzt zitiere ich aus einer Pressemitteilung des damaligen Finanzministers vom 10.06.2016 – ich zitiere wörtlich –: "Der Augustinerhof ist der ideale Standort mit einem hohen Maß an Qualität."

(Hans Herold (CSU): Stimmt ja auch! – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Und?)

Möchten Sie vielleicht mal feststellen, ob Herr Söder sich in diesen Standortauswahlprozess eingemischt hat? Oder hat diese Pressemitteilung wieder irgendjemand geschrieben, ohne dass er sie gesehen hat? Das hat er ja häufiger gesagt. Hat er sich in diesen Standortauswahlprozess nach Ihrer Auffassung und nach Kenntnis der Aktenlage eingebracht oder nicht?

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Die Zeugenvernehmung ist längst abgeschlossen!)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Bitte, Herr Kollege Kohler.

**Jochen Kohler (CSU):** Der eigentliche Skandal, Kollege Körber, ist doch, dass wir fränkischen Abgeordneten eigentlich für dieses Museum glücklich und dankbar sein sollten,

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

so wie die oberbayerischen Kollegen. Ich schaue zum Kollegen Schmid. Da gibt es schon 30 Museen; aber wenn sie das 31. bekommen, sagen sie auch "Vielen Dank." Was machen wir fränkischen Abgeordneten? – Wir sagen: Oh Gott, es wurde dahin gebaut und nicht fünf Kilometer weiter. Oh Gott, es hat nicht diese Summe gekostet, sondern diese.

(Zurufe des Abgeordneten Sebastian Körber (FDP) sowie von Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Seien Sie doch etwas stolz! Ausgerechnet die fränkischen Abgeordneten – ich habe noch 20 Sekunden, die nütze ich jetzt komplett aus – geißeln sich bei solchen Projekten absichtlich

(Hans Herold (CSU): Und die Nürnberger!)

– und die Nürnberger auch noch – und sind nicht stolz auf dieses Projekt. Gehen Sie doch mal erhobenen Hauptes hier raus und sagen "Danke für dieses tolle Museum".

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU: Bravo!)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und dieser Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)